

## Stellungnahme der O.K. zur „Westumgehung“ 19.05.2014

Die Lärm- und Abgasbelastung durch den Straßenverkehr muss für die Osnabrücker BürgerInnen unbedingt reduziert werden - da sind sich alle Interessengruppen einig. Und die Klimaschutzziele für Osnabrück – als Modellstadt im Programm „Masterplan 100% Klimaschutz“ - sind nur dann erreichbar, wenn in Zukunft deutlich weniger Autos durch die Straßen rollen als bisher. Der Straßenverkehr ist für ein Viertel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich und im Gegensatz zu vielen anderen Politikfeldern kann die Kommune die Verkehrspolitik sehr intensiv selbst gestalten.

Die vorgeschlagene Westumgehung bzw. „Entlastungsstraße West“ ist aber das Gegenteil einer Lösung des Osnabrücker Verkehrsproblems. Die Osnabrücker Klimaallianz (O.K.) mit ihren Mitgliedsorganisationen lehnt sie deshalb ab.

Denn die Strategie, gegen volle Straßen mehr Straßen zu bauen, ist noch nie erfolgreich gewesen: Neue Straßen locken immer mehr Autos an, der "Entlastungseffekt" ist sehr bald nicht mehr spürbar. Die Westumgehung wird voraussichtlich nicht nur zu erheblich mehr PKW-Verkehr, sondern auch zu mehr Transit-LKWs im Stadtgebiet führen. Unterm Strich haben dann Lärm, Abgase und Kraftstoffverbrauch zugenommen, bisher intakte Landschaft wird von Straßen durchschnitten und noch mehr Boden versiegelt.

Der Einsatz für eine Verkehrsberuhigung vor der eigenen Haustür in Teilen des Westerbergs ist berechtigt. In Osnabrück müssen aber jetzt Lösungen gefunden werden, die eben nicht zu insgesamt mehr, sondern zu deutlich weniger städtischem Autoverkehr führen und autofreie Mobilität für alle ermöglichen. Davon profitieren dann auch die AnwohnerInnen der großen Ring- und Radialstraßen, die sich bisher weniger laut zu Wort melden, von Dauerstau, Lärm und Luftverschmutzung aber am meisten betroffen sind.

Die Gelder, die für die Westumgehung erforderlich sind, bewegen sich offenbar im zweistelligen Millionenbereich und müssen als Kredit aufgenommen werden. Osnabrück sollte sich nicht noch weiter verschulden für ein altmodisches Projekt, das Menschen, Umwelt und Klima belasten wird. Das Geld der Osnabrücker BürgerInnen lässt sich viel besser investieren – in wirkliche Lösungen des Verkehrsproblems.

Die Lösung heißt aus Sicht der O.K. nicht Verkehrsverlagerung, sondern mehr städtische Lebensqualität durch umweltfreundliche Mobilität für alle. Zufußgehen muss leichter, Radfahren sicherer und Busfahren attraktiver werden. Der Umstieg auf den Öffentlichen Nahverkehr wird erleichtert, wenn der Bus gegenüber dem Auto beschleunigt wird und nicht mehr im Stau steht und wenn die Tarife so gestaltet werden, dass sie auch für niedrige Einkommen keine Hürde darstellen. Zur verkehrsberuhigten Stadt gehören auch flächendeckend Tempo 30, Transitverbot für LKWs und deutlicher Ausbau von Fahrradwegen. Der Anteil von PKWs am Gesamtverkehr kann dadurch - wie vom Masterplanbeirat „100% Klimaschutz“ gefordert - so weit reduziert werden, dass dies tatsächlich Klimaschutz und nicht nur verkehrspolitische Kosmetik ist. Die Osnabrücker Innenstadt wird dann wohnlicher und grüner, Straßen und Plätze gehören wieder den Menschen, auch der innerstädtische Einzelhandel gewinnt durch mehr Passanten und weniger Autos.

Die ÖPNV-Flatrate („Semesterticket für alle“) ist eine ganz besondere Chance für Klimaschutz, für Aufenthalts- und Wohnqualität in den Innenstädten und eine solidarische Mobilität. Osnabrück ist gut beraten, mit einer Untersuchung noch in diesem Jahr die Machbarkeit dieser Idee prüfen zu lassen. Erfahrungen in anderen Städten sind ermutigend: Dort wurden Straßen zurückgebaut und Fahrrad-Alleen angelegt – statt Geld für neue Straßen zu verschwenden.